

Stiftung **&** Freiheit Verantwortung

kraft der multilin
worte la prot

Schweizer Standpunkte

Anregungen aus Carl Spittellers Rede „Unser
Schweizer Standpunkt“ vom 14. Dezember 1914

Von Walter E. Abegglen

kraft der
worte

Carl
Spitteler

Redaktion & Layout
lic. phil. I Josef F. Kümín



Verein Gesellschaft
und Kirche wohin?

www.gekiwo.ch

Stiftung **&** Freiheit
Verantwortung

www.freiheitundverantwortung.ch

PRO  LIBERTATE

www.prolibertate.ch



Schweizer Standpunkte: Einhundert Jahre später

von Walter E. Abegglen

Carl Spittlers Ansprache im Jahre 1914 entsprang der tiefen Besorgnis, die Schweiz könnte im Verlaufe des ersten Weltkrieges als Willens-Nation schweren „inneren“ Schaden nehmen angesichts der Jahrhunderte alten kulturellen Bindungen der Deutschschweizer an Deutschland und der Romands an Frankreich. So stipulierte er denn klare Unterschiede in unserer Einstellung und unserem Verhalten gegenüber denen, die jenseits unserer Grenzen lebten – unseren „Nachbarn“ und denen, die diesseits lebten – unseren „Brüdern“. Und ergänzte diese für ihn – und damals wohl auch für eine Mehrheit der Bevölkerung – einsichtige Aufteilung mit einer Reihe von Gedanken über das für eine neutrale Schweiz im zerrissenen Europa angemessene aussenpolitische Verhalten.

Einhundert Jahre später leben wir in einer veränderten Welt. Natürlich liegt den Romands Descartes oder Sartre immer noch näher am Herzen als Kant oder Schopenhauer, und den Deutschschweizern eher Rüstow oder Heidegger denn Malraux oder Montesquieu. Aber beide sprachlich unterschiedlichen Volksteile haben seit dem zweiten Weltkrieg enormes Wissen aus dem englischsprachigen Raum aufgenommen und wirtschaften global. Das von Spittler damals wahrgenommene Problem existiert zwar noch als „Röstigraben“, ist aber eher ein regionalpolitisches und freundschaftliches.

Aber Spittlers Frage aus dem Jahre 1914 steht wieder im Raum, dringend und schicksalsschwer: „Vor allem müssen wir uns klar ma-

chen, was wir wollen. Wollen wir oder wollen wir nicht ein Schweizerischer Staat bleiben, der dem Ausland gegenüber eine politische Einheit darstellt?“.

Heute leben wir – als Staat und als StaatsbürgerInnen – tatsächlich in einer anderen Welt. Ohne wertende Reihenfolge möchte ich folgende m. E. relevante Veränderungen in fünf Bereichen gegenüber Spitteler's Zeiten zur Diskussion stellen. Und zwar jene Veränderungen, die den inneren Zusammenhalt der SchweizerInnen und die rechtliche wie auch wirtschaftliche Souveränität der Schweiz schon beschädigt haben und Schritt um Schritt – hier und dort – weiter schwächen. Es sind dies Veränderungen (1) in der Wohnbevölkerung, (2) im Ausmass der Globalisierung, (3) in der Repression der BürgerInnen, (4) in der internationalen Repression und (5) im internationalen Machtgefüge.

1. **Wohnbevölkerung.** Die 2019 in der Schweiz wohnhafte Bevölkerung (nach Carl Spitteler „unsere Brüder“) ist mehr als zweimal so gross wie 1914. Davon sind mehr als zwei Millionen Ausländer. Und von den rund 6 Millionen „Passport-SchweizerInnen“ sind zwischen einem Viertel und einem Drittel MehrfachbürgerInnen. Darüber hinaus sind da noch etwa 500'000 Grenzgänger für welche die Schweiz lediglich finanzielle Ernährung bedeutet. Wir sind nicht mehr „ein Volk von einig Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr“ (um Schiller zu zitieren).

2. **Globalisierung.** Die Wohlstandsentwicklung unseres Landes vor allem nach 1945 ist zu einem grossen Teil global ausgerichteten und investitionsstarken schweizerischen Industrie- und Bankunternehmen zuzuschreiben, die inzwischen in einer Reihe von Fällen kontroll- oder eigentumsmässig nicht mehr „schweizerisch“ sind und oft von ausländischen Führungskräften geleitet werden. Diese sind dominant an Standortvorteilen wie günstigen Steuern, (relativ) liberalem Wirtschaftssystem, akzeptabler Rechtssicherheit usw. interessiert. Nicht aber an der schweizerischen staatlichen und staatsbürgerlichen „Souveränität“, der Landesverteidigung in Form von Militärdienstabsenzen oder Ähnlichem. Ich würde beispielsweise gerne wissen, wieviele Milizoberste der Schweizer Armee in den Führungsgremien der „schweizerischen“ Grossunternehmen 1914 tätig waren und wieviele 2019!

3. **Repression der BürgerInnen.** Unser Land ist zu einer extrem teuren Verwaltungsmaschine geworden. Die politischen Parteien resp. deren Topkader lassen die Gesetzes- und Verordnungsproduktion in früher ungeahnten Grössenordnungen laufen und vertreten oft wirtschaftliche und politische Partikularinteressen. Dabei spielen die Medien eine ganz andere, umfassendere Rolle als noch 1914. Heute sind Radio und Fernsehen, Boulevardpresse und neuestens Social Media meinungsbildend und vermitteln schwergewichtig Meinungen, nicht sachliche Information über Geschehenes oder sich

Abzeichnendes. BürgerInnen wird gar nicht zugemutet oder angeboten, sich eine vorurteilslose und tatsachenbasierte Meinung zu erarbeiten. Und Viele haben sich das inzwischen auch abgewöhnt. Sie werden mit Politmarketing bearbeitet und als manipulierbare Masse behandelt.

4. Internationale Repression. Seit den Sechzigerjahren wird die politische Schweiz – Bundesrat, Bundesverwaltung, Bundespolitiker – nicht nur von fremden Regierungen zunehmend und unverdrossen unter Druck gesetzt, sondern auch noch von einer Vielzahl auslandgesteuerter internationaler Institutionen wie UNO, WHO, OECD, WTO, NGOs usw. Unsere Politik neigt zu ängstlich vorsichtigen Reaktionen, die Presse zu Alarmmeldungen, der BR zu vorauseilendem Gehorsam statt reflektiertem Widerstand. Unter Druck haben wir unsere Neutralität – die für Spitteler in seinem Aufruf zentral ist – umdefiniert. Etwa mit friedensfördernden Einsätzen der Schweizer Armee im Kosovo, abstimmungsmässiger Verurteilung Israels an der UNO Generalversammlung, Teilnahme an EU/US-gesponsorten Boykotten gegen Russland (Ukraine) oder Iran (Atomabkommen).

5. Internationales Machtgefüge. Die vielleicht gefährlichste aussenpolitische Veränderung seit Spitteler's Zeiten ist der Ersatz der drei an die Schweiz grenzenden österrei-

chischen, italienischen und deutschen Monarchien als unsere Nachbarn durch die drei Hegemonen USA, China und – für die Schweiz primär relevant – die EU. Die EU mit ihrem quantitativen Expansionskurs in Richtung dritte Weltmacht, die keinen Platz sieht für eine eigenständige Schweiz. Kein „Stachelschwein im Herzen Europas“. Die ehemals als grosses Friedensprojekt gerühmte EU hat sich gewandelt zum Möchtegern-Imperium, mit unbändigem Expansions- und Dominationsdrang. Vergleichbare Ziele wie Bonaparte oder Hitler? Nur andere Methoden?

Mit meinen bisherigen Ausführungen habe ich versucht, jene mir am wichtigsten erscheinenden negativen Veränderungen in unserem Land und seiner politischen Umwelt seit Spittlers Zeiten zu erkennen. Mir ist natürlich schon klar, dass seit Spittler auch viele positiv einzuschätzende Veränderungen stattgefunden haben. Mein Fokus ist jedoch die Suche nach möglichen Korrekturen der wichtigsten negativen Veränderungen. Diese – und nur diese – sind hier das Thema.

Mit den folgenden Ausführungen möchte ich einige Anregungen zur Diskussion stellen, nämlich, **was denn warum, durch wen, wann getan** werden soll, um die Auswirkungen der negativen Ver-

änderungen zu bewältigen. Die Anregungen sind in zwei Pakete gebündelt, nämlich (1) ein Sofortpaket und (2) ein mehrjähriger Prozess der Erneuerung unserer Politstrukturen und –prozesse.

Sofortpaket

Heute muss der Kampf der BürgerInnen gegen alle Projekte beginnen, die auf der Politagenda stehen und unsere politische, rechtliche und/oder wirtschaftliche Souveränität gefährden. Dies im Wissen darum, dass die Parteien im polittaktischen Gemenge Grundsätzliches aus den Augen verloren haben oder lieber totschweigen, weil sie wahltaktisch oder innerparteilich einem Offenbarungseid aus dem Weg gehen wollen. Konkret geht es um Folgendes:

(a) Der Rahmenvertrag der EU ist für diese ein Herrschaftsinstrument für einen beliebigen Umgang mit unserem Land. Sie kann jederzeit von ihr so definierte Verstösse der Schweiz gegen den Rahmenvertrag oder einen der bilateralen Verträge vor „ihren“ EuGH bringen. Der Rahmenvertrag räumt der EU auch das Recht auf Bestrafung ein. Die direkte Demokratie wird durch den Vertrag de facto unterlaufen. Die Schweiz darf ihn niemals unterschreiben.

(b) Der UN-Migrationspakt kann für die Schweiz unabsehbare negative Folgen haben. Insbesondere zeigt die Erfahrung mit dem Schengenraum, wie unsere „nationale“ Migrationspolitik weitgehend vom diesbezüglichen Versagen der EU geprägt ist. Von der UNO ist noch Schlimmeres zu erwarten. Die Schweiz darf niemals mitmachen.

(c) Wir müssen grosszügig in PR investieren zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den EU–Staaten mittels klassischen Medienkampagnen und via Social Media. Zielgruppen sind Journalisten, Universitäten, Think Tanks und andere noch zu Definierende. Hauptbotschaft: Wir sind für die EU unwichtig und wollen frei bleiben.

Paket 2: Mehrjähriger Prozess der Erneuerung

Die Bundesparlamente – zusammen mit dem BR und der Bundesverwaltung – decken uns BürgerInnen jährlich mit tausenden Seiten von Gesetzen mit den dazugehörenden Verordnungen ein (2000 bis 2002 = 3828 Seiten, 2013 bis 2015 = 5435 Seiten. Seitenzahlen = jährlicher Durchschnitt für die Zweijahresperiode). Was meinte Publius Cornelius Tacitus dazu?: „Je verdorbener ein Staat, desto mehr Gesetze hat er“. Wann sind wir soweit, dass wir nur noch tun dürfen, was gesetzlich erlaubt ist, alles andere – vorzugsweise – strafrechtlich zu ahnden ist?

Diese nationale Gesetzesproliferation – die ja noch ergänzt wird durch das Wirken der kantonalen Parlamente – muss drastisch eingeschränkt werden und eine Konzentration und Reduktion auf bessere und landesweit unabdingbar notwendige Gesetze erzwungen werden. Für alles andere müssen die Kantone und Gemeinden zuständig sein.

Was könnten wir tun? Was sollte getan werden? Was müssen wir tun? Das Übel sitzt tief. Also müssen die denkbaren Veränderungen drastisch sein. Hier ein paar Ansätze:

Zur Gesetzesproliferation: Wie wäre es, wenn wir die Anzahl der NR-Sitze halbierten, um die Produktionskapazität des NR zu mindern? Wie würde es sich diesbezüglich auswirken, wenn die Bundesversammlung zwar Gesetze beraten dürfte, aber jedes Gesetzes-/Verordnungspaket einem obligatorischen Gesetzesreferendum unterworfen wird? Wenn jedes Gesetz mit seinen Verordnungen überdies auf seiner ersten Seite eine Definition seiner Zweckbestimmung haben müsste, die seine Zweckerreichung messbar oder mindestens objektiv beurteilbar machte, und die bei einer negativ verlaufenen Nutzenprüfung obligatorisch eine Gesetzesrevision auslösen würde? Und warum versieht man nicht jedes Gesetz obligatorisch mit einem geeigneten Ablaufdatum. Ohne Verlängerungsklausel!

Der Bund gegen die Kantone: Der Bund sollte daran gehindert werden, den Kantonen und Gemeinden gewohnheitsmässig dreinzureden. Zu evaluieren wäre beispielsweise ein Ständerat in anderer Zusammensetzung und weiter reichenden Befugnissen: Jeder Kanton delegiert zwei Ständeräte, die amtierende Regierungsräte sein müssten. Diese wären mit den Angelegenheiten ihres jeweiligen Kantons besser vertraut und ihrem Kantonsparlament – nicht ihrer Partei – Rechenschaft schuldig. Würde man den SR darüber hinaus ermächtigen, gegebenenfalls gegen ein vom NR zur Abstimmung vorgesehenes Gesetz das Veto einlegen zu können, so würde dies eine enorme Stärkung des Föderalismus bedeuten.

Der Nannystaat: „Un état totalitaire c'est un état qui se fantasme comme instituteur de la société“ (Bernard-Henry Lévy). Der Staat sorgt dafür, dass wir innerhalb unserer Familie alles richtig machen. Sonst kommt die KESB. Damit wir mit unserem Einkommen und Vermögen richtig umgehen, unsere Vorsorge für das Alter nicht vergessen, uns gegen Krankheiten richtig versichern, etc., gibt es zahlreiche Obligationen wie etwa AHV, BVG, KGV, ALV, IV. Damit wird den Bürgern die Verfügungsgewalt über 20 bis 30% des Bruttoeinkommens entzogen. Dann gehen noch – neben den Einkommens- und Vermögenssteuern – tägliche Abgaben wie MWSt, Benzin- und Heizölabgaben, Fahrzeugsteuern etc. „automatisch“ weg, sodass einer Familie vielleicht noch 40 bis 50 % vom Bruttoeinkommen verbleiben zum Leben und Sparen. Alles Eingriffe des Staates in Bereiche, die wir als eigenständige und freiheitlich gesinnte BürgerInnen nicht wollen oder brauchen.

Wie liessen sich diese Vormundschaftsmanie unserer Politiker einschränken? Wie wäre es, wenn wir für jeden Nationalratssitz einen Wahlkreis errichteten, in dem nur Personen wählbar sind, die seit beispielsweise mindestens fünf Jahren dort ihren Wohn- und Steuersitz haben. Die ihren Wahlkreiswählern eher bekannt und für diese leichter beobachtbar wären? Und wenn wir eine Amtszeitbeschränkung für alle PolitikerInnen einführen? Was würde dagegen sprechen, dass wir neben einer unantastbaren Schuldenbremse eine verfassungsmässige Verpflichtung einführen, wonach Sozialabgaben nicht mehr erhöht und alle Bundessteuern jedes Jahr um real 2, 3 oder 4 % gekürzt werden müssten?

Sie werden denken, solche Ideen seien nicht realistisch. Das ist in der heutigen Situation und politischen Grosswetterlage zutreffend. Aber wenn unser Staat eine politische Gemeinschaft freier und eigenverantwortlicher Menschen werden und bleiben will, dann gilt nur das Kriterium „**notwendig**“. Sind wir bereit, unseren heutigen Staat, seine Institutionen und Machtstrukturen kritisch zu überprüfen und gründlich zu überholen mit dem Ziel, dass er wieder freiheitlich, eigenständig, basisdemokratisch, machtpolitisch neutral und föderalistisch strukturiert sei? Oder lassen wir uns treiben, weil es uns ja gut geht. Weil man sowieso nichts machen kann. Weil das alles ja gar nicht so schlimm ist?

Carl Spitteler sagte es 1914 deutlich: „Wenn nein, wenn jeder sich dahin mag treiben lassen, wohin ihn seine Privatneigung schiebt und wohin er von aussen gezogen wird, dann habe ich Ihnen nichts zu sagen“.

Zum Autor

Walter E. Abegglen (geboren 1934) wuchs in Luzern und Hergiswil NW auf. Er studierte zwischen 1953 und 1961 Betriebswirtschaft in St. Gallen (Lic.oec. HSG 1959) und Hamburg, unterbrochen durch die damals noch übliche Militärdienstzeit bis zur Brevetierung als Leutnant, Sprachaufenthalte in Frankreich, Grossbritannien und Spanien sowie Praktika in Zürich (6 Monate bei der Swissair) und bei einer Sportartikelfirma in Paris.

Er begann seine berufliche Laufbahn 1961 bei Procter & Gamble International in Genf, wo er als Marketing Assistant und später Zone Manager die Gewinnverantwortung zuerst für Märkte in der Karibik, dann im Mittleren Osten und schliesslich in Süd- und Zentralamerika trug. Anfangs 1968 wechselte er als Berater zu McKinsey & Company. Dort führte er als Projektleiter und ab 1973 als Partner (damals Principal) Projekte durch für Grossunternehmen wie auch KMUs in der Schweiz, den USA, Frankreich, Holland und Deutschland.

1975 gründete er die Beratungsfirma Abegglen Management Consultants. 1981 bis 1982 sanierte er als Interims-GD den Coop Zürich, präsidierte während einer Wahlperiode die ASCO (Association Suisse des Conseils en Organisation) und war auch Mitglied des ExCo der FEACO (Fédération Européenne des Associations de Conseils en Organisation).

Ende 1996 verkaufte er seine letzten Anteile an der Beratungsfirma seinen Partnern. Seither widmet er sich der familieneigenen Immobiliengesellschaft und betätigt sich gelegentlich als Autor. Er ist Gründer der Bewegung Zukunft Schweiz (www.bewegung-zukunft-schweiz.ch) und Mitglied der Gruppe Giardino.

Postadresse: Walter E. Abegglen, Pfaffenbächli, 6353 Weggis / E-Mail: walter.e_abegglen@bluewin.ch

Herausgeber

Stiftung **& Freiheit**
& Verantwortung



Geschäftsstelle
Zeughausstrasse 14 B
8853 Lachen
Telefon 055 442 05 15
E-Mail info@fuv.ch
Internet www.fuv.ch

Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
Zeughausstrasse 14 B
8853 Lachen
Telefon 055 442 70 78
E-Mail info@gekiwo.ch
Internet www.gekiwo.ch

Mitherausgeber

PRO  LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3052 Zollikofen
Telefon 031 332 57 84
Internet www.prolibertate.ch

Redaktion & Layout

lic. phil. Josef F. Kümin

Druck

Coloroffset, 3012 Bern

Auflage

9'000 Exemplare

Unterstützung und Gönnerbeiträge

Nutzen Sie unsere Dienstleistungen, unterstützen Sie unsere Ziele und werden Sie Gönner der Stiftung. Melden Sie sich bei der Geschäftsstelle für Ihre Anliegen oder benutzen Sie unser Spendenkonto 50582.24 bei der Raiffeisenbank Kriens (IBAN CH13 8116 5000 0050 5822 4).

Unterstützen Sie unsere Organisationen mit Ihrem Mitmachen oder Ihrer Spende!

VEREIN GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHN?

- ☐ mit der Platin-Mitgliedschaft (Beitrag 3'000 Fr.)
- ☐ mit der Gold-Mitgliedschaft (Beitrag 500 Fr.)
- ☐ mit der Silber-Mitgliedschaft (Beitrag 250 Fr.)
- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als juristische Person / Firma (Beitrag 200 Fr.)
- ☐ als Gönner / Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

STIFTUNG FREIHEIT & VERANTWORTUNG

- ☐ als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

PRO LIBERTATE

- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

BROSCHÜREN UND BÜCHER ZUM BESTELLEN:

Bitte senden Sie mir (Alle Preise verstehen sich exkl. Porto und Versandkosten)

- Expl. **Schweizer Standpunkte: 100 Jahre später.** Von Walter E. Abegglen. Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Die Schweiz im 21. Jahrhundert.** Von Franz Muheim. Spezialpreis Stiftung F&V: 10 Fr. (statt 32.90 Fr.)
- Expl. **Was man von ehemaligen Bundesräten lernen kann.** Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Gedanken zum Klimawandel.** Von Walter E. Abegglen. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Energiepolitik am Scheideweg.** Von Dr. Eduard Kiener. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Aussenpolitische Herausforderungen.** Von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Rahmenabkommen Schweiz – EU?** von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Wahrheit in den Medien.** Von Eduard Käser und Papst Franziskus. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Testamente.** Von Dr. iur. Alexander Wili. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Sonderfälle Schweiz.** Von Allan Guggenbühl. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Waren unsere Vorfahren gescheiter als wir?** Von Allan Guggenbühl. Broschüre F&V. Preis 7 Fr.
- Expl. **Wie sich die Schweiz rettete 1939 - 45.** Von Joseph Mächler. Spezialpreis Pro Libertate: 49 Fr. (statt 79 Fr.)
- Expl. **Ernst R. Borer.** Von Sara Arnold-Korf. Spezialpreis Stiftung F&V: 25 Fr. (statt 35 Fr.)
- Expl. **Freier Fels in brauner Brandung.** Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Die Gotteskrieger - die unterschätzte Bedrohung.** Von Dr. Léon S. Gaucher. Preis 8 Fr.
- Expl. **Operationsziel Schweiz.** Div. Autoren. Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Welcher Islam passt zur Schweiz?** Referat Saïda Keller-Messahli. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.

Vorname / Name:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Telefon / E-Mail:

Datum:

Unterschrift:



A

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



Stiftung **&** Freiheit
Verantwortung

Geschäftsstelle

Zeughausstrasse 14 B

8853 Lachen